

„Es droht eine hohe Neuverschuldung“

Etat-Entwurf 2021: Gnarrenburgs CDU-Bürgermeister-Kandidat Breitenfeld kritisiert „Gießkannenprinzip und fehlende Gesamtkonzepte“

GNARRENBURG. Heute Abend entscheidet der Gnarrenburger Gemeinderat über den Haushaltsplan 2021. Im Vorfeld kritisiert der CDU-Bürgermeisterkandidat Marc Breitenfeld den Etat-Entwurf. Mit den Worten „Gießkannenprinzip und fehlende Gesamtkonzepte“ skizziert Breitenfeld in einer Pressemitteilung seinen Eindruck von der jüngsten Sitzung des Gnarrenburger Gemeinderates, in der die Verwaltung am 3. Februar den Haushaltsplan 2021 vorgestellt hatte (BZ berichtete).

Bei der Präsentation des Etats sei den Anwesenden das Gefühl vermittelt worden, dass auch weiterhin alles kontrolliert nach Plan verlaufe. „Wer jedoch den knapp 200 Seiten dicken, schwer lesbaren Etatentwurf 2021 mit den Haushaltsplänen 2016 bis 2020 vergleicht, sollte alarmiert sein“, erklärt Breitenfeld. Denn die Steuereinnahmekraft der Gnarrenburger Einwohner sei mittlerweile auf 71 Prozent zum landesweiten Durchschnitt gesunken; dafür liegt die Verschuldung je Einwohner bei über 120 Prozent. Die Anzahl der Einwohner sinke langsam, aber stetig. Gnarrenburg gelte mittlerweile als steuer schwache, unterdurchschnittlich entwickelte Kommune. Dies begünstige zwar Förderungen, was aber langfristig nicht das Ziel sein dürfe, erklärt Breitenfeld.

20 Prozent Neuverschuldung

„Auch der Gemeindekasse geht es nicht gut“, ergänzt er. Seit Jahren sei der Finanzmittelbedarf deutlich höher als die freien Geldmittel aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und den liquiden Mitteln. Allein, um Zinsen und Tilgung bedienen zu können, müsse die Gemeinde seit 2016 jährlich neue Kredite aufnehmen.

Werde der Haushaltsentwurf heute unverändert verabschiedet, bedeute das über 20 Prozent Neuverschuldung in nur fünf Jahren, warnt Breitenfeld. „Was könnte man alles machen, wenn allein die jährliche Zinsbelastung von knapp 300 000 Euro nicht wäre?“, fragt sich Breitenfeld. Als besorgniserregend bezeichnet der Diplom-Kaufmann die Entwicklung des Saldos (von Erträgen

und Aufwendungen), welcher sich auch in auch den Prognosen der nächsten zwei bis drei Jahre stetig verringere. „Es fehlt nicht viel, dann gleicht es sich an. Spätestens dann wird auf Kosten künftiger Generationen gewirtschaftet!“, warnt Breitenfeld, der sich als Bundeswehr-Offizier auch beruflich mit Bilanzen und Statistiken auseinandersetze, wie es in der Pressemitteilung heißt.

„Ein falsches Bild“

„Wenn im Haushalt von Schuldensenkung im Jahr 2020 gesprochen wird, weil die Tilgung mit 739 000 Euro höher ausfällt als die geplante Kreditaufnahme von 730 000 Euro, ist dies buchhalterisch richtig. Es vermittelt aber ein falsches Bild“, ist Breitenfeld überzeugt. Im Finanzhaushalt 2021 werde ein Überschuss von 1,53 Millionen Euro errechnet. Allerdings müsse davon noch die Tilgungsleistung für bereits bestehende Kredite von 749 000 Euro abgezogen werden. Entsprechend liege der Spielraum des Gemeinderates für Investitionen schon heute nur noch bei 787 000 Euro. Dem positiven Überschuss stünden im Haushaltsentwurf 2021 aber geplante Investitionen von rund 4,49 Millionen Euro gegenüber.

„Finanziert werden soll die Summe durch einen Mix aus Neuverschuldung, Verwendung liquider Mittel und sonstigen Einzahlungen (Förderungen). In den nächsten drei Jahren sind entsprechend kaum noch Gelder für neue Projekte verfügbar“, mahnt Breitenfeld. Auch wenn die Zinslage verlockend sei, warne allein schon der Entwurf des Haushalts-

planes 2021, dass „die Grenze des Vertretbaren erreicht“ und „ein weiterer Spielraum aufgrund der bestehenden Haushaltsausgabereste und der vorhandenen Zahlungsverpflichtungen nicht vorhanden ist“, kritisiert Breitenfeld.

» Auch der Gemeindekasse geht es nicht gut. «



Marc Breitenfeld, Bürgermeisterkandidat der CDU Gnarrenburg

Zudem würden sich die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie erst zeitversetzt auswirken. „Bislang fallen sie kaum ins Gewicht. Trotzdem fiel bereits der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahr 2020 um 220 000 Euro geringer aus als geplant. Die Gewerbesteuererinnahmen gehen ebenfalls zurück. Immer mehr Leerflächen zieren das Gemeindebild, was angesichts des überdurchschnittlich hohen Hebesatzes von 400 Prozent kein Wunder ist. Selbst Selsing, Bremervörde und Zeven liegen hier 20 Prozentpunkte günstiger“, kritisiert der CDU-Bürgermeister-Kandidat.

Die Schlüsselzuweisungen fielen 2021 um fast 400 000 Euro geringer aus als 2020, während sich die Fixkosten für Personalaufwendungen in sechs Jahren um über 50 Prozent erhöht hätten und 2021 mit über 5,5 Millionen Euro über 35 Prozent der jährlichen Aufwendungen ausmachen würden. Jeder Mitarbeiter werde dringend gebraucht. Dennoch bestehe eine besorgniserregende

Tendenz, die man nicht aus den Augen verlieren dürfe, mahnt der Kandidat. Zusätzliche 80 000 Euro plant der Entwurf für weitere „Eventualitäten“ beim Bau des bereits 1,98 Millionen Euro teuren Dorfplatzes ein.

Die Einplanung von 550 000 Euro für den Ankauf von Bauland begrüßt Breitenfeld ausdrücklich. Angesichts der hohen Nachfrage für Grundstücke und Mietwohnungen könnte die Summe seines Erachtens sogar noch deutlich höher sein. Allerdings sei der eingestellte Betrag bis dato nur ein Platzhalter „ohne konkretes Konzept“, zeigt er sich „enttäuscht“.

Für den Neubau einer KiTa in Gnarrenburg werden aktuell 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Bereits jetzt werde aber vor höheren Kosten gewarnt. „Wer argumentiert, dass man jetzt eben einmalig ordentlich Geld in die Hand nehmen müsse, vergisst, dass weitere Schulen und Kitas im Gemeindegebiet seit Jahren auf dringend notwendige Instandhaltungsarbeiten warten“, betont Breitenfeld. „Auch dafür müssen finanzielle Mittel aufgebracht werden, die man nicht ewig schieben könne“, ergänzt er. Als Einsparmaßnahme habe man sich bislang jedoch nur auf die Halbierung der Heimat- und Kulturförderung im Bereich des Dorfplatzes sowie die Reduzierung des Etats für die Gemeindestraßen um 50 000 Euro einigen können. Angesichts des Zustandes vieler Straßen, insbesondere in den Moordörfern, bezeichnet Breitenfeld das als „schwer nachvollziehbar“.

Bereits am 29. Oktober wurde durch die Verwaltung ein neues Babyplanschbecken für das Freibad eingebracht, weil dafür kurzfristig bis zu 45 Prozent Förderung beantragt werden konnten. Jetzt steht es mit 230 000 Euro ebenfalls im Haushaltsentwurf. „Auch wenn es wünschenswert ist, damit das Wasser, wie bisher, nicht mehr täglich erneuert werden muss, sollte man die Priorität der Investition angesichts der ak-

tuellen Haushaltslage zugunsten der Reparatur herabfallender Fliesen im stark sanierungsbedürftigen Hauptbecken vielleicht überdenken“, regt Breitenfeld an. „Förderungen sollten, wo immer sinnvoll, genutzt werden, dürfen jedoch nicht zu Ausgaben verleiten.“

Ferner wird heute im Rat über zusätzliche 140 000 Euro für ein Dorfgemeinschaftshaus in Langenhausen (BZ berichtete) sowie 40 000 Euro für die Erweiterung des Feuerwehrparkplatzes durch den Erwerb der Tönjes-Gaststätte entschieden. Da das für Langenhausen eine gute Gelegenheit sei, ein Dorfgemeinschaftshaus zu erhalten, müsse jetzt zeitnah ein belastbares Konzept zur Finanzierung und Unterhaltung erarbeitet werden, betont Breitenfeld, verweist jedoch auch auf die Bedarfe von Karlshöfen und Brillit, die ebenfalls keine Dorfgemeinschaftshäuser hätten.

Dorfgemeinschaftshäuser

Auch Fahrendorf und Kuhstedtermoor führt er an, wo seit Jahren Umbaumaßnahmen zur weiteren Nutzung dringend erforderlich seien. Statt „Gießkannenprinzip mit unterschiedlichem Maßstab“, so Breitenfeld, regt er an, am Beispiel von Langenhausen auch gleich festzulegen, wie die zeitnahe Realisierung der übrigen, noch ausstehenden Dorfgemeinschaftshäuser mit angemessener Eigenleistung aussehen könnte.

Bezüglich des Vorschlages eines Ratsmitgliedes „zur unzulässigen Verlagerung von Kosten auf über drei Jahre alte Rückstellungen“ (Breitenfeld), warnt er ausdrücklich vor „Bilanzverschönerungen“. Stattdessen fordere er einen „verständlichen, transparenten Haushalt mit klaren Preisschildern einzelner Maßnahmen, damit die Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit haben, öffentlich auf Basis von Gesamtkonzepten und der verfügbaren Mittel über die Priorisierung von Vorhaben zu entscheiden“. (bz/ts)